

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Er erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
Emgetragen in die Postzeitungsliste

Verleger u. verantwortl. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Schöneberg
Redaktion und Expedition: Berlin S. 27, Schillerstraße 6
Druck: Vornwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S. 68

Insertionspreis:
die sechsgepaltene Kolonspalte 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig
Schluss für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Bericht der Generalkommission für das Jahr 1913.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht in Nr. 19 des „Correspondenzblattes“ ihren Jahresbericht. Wir entnehmen ihm folgendes:

Der Bericht weist zunächst auf die ärmlichste Geschäftslage hin und auf die leider vergeblichen Bemühungen, im Reich und in den Einzelstaaten die Arbeitslosenerleichterung herbeizuführen. Es ist also auf eine reichsweite Hilfe für die Arbeitslosen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Die Gemeinden und Einzelstaaten haben gleichfalls wenig Neigung, den Arbeitslosen Hilfe zu leisten. Erst 14 Gemeinden haben bisher eine meistens unzureichende Unterstützung an Arbeitslose vorgezogen. Immerhin scheint die Erkenntnis, daß es auch für die öffentliche Wohlfahrt nötig ist, den Arbeitslosen Hilfe zu bringen, sich bei den Regierungen der Einzelstaaten langsam durchzusetzen, wie die Vorgänge in Bayern und Württemberg beweisen. Die organisierte Arbeiterkraft wird im Kampfe um eine ausreichende Arbeitslosenfürsorge nicht erlahmen, bis den Opfern der kapitalistischen Produktionsweise endlich Hilfe zuteil geworden ist.

Die von den herrschenden Gewalten mit ausgeprägter Abneigung behandelten Gewerkschaften haben während der Dienstzeit namhafte Summen an die Arbeitslosen gezahlt. Vielen tausenden Arbeiterfamilien ist dadurch Hilfe geworden. Trotz des gemeinnützigen Wirkens der Gewerkschaften wird der Kampf gegen sie nicht nur von den Unternehmern, sondern auch von der Staatsgewalt mit befannter Schamlosigkeit geführt. Es folgt dann ein Hinweis auf die allgemeine Anweisung des preussischen Polizeiministers, die Gewerkschaften für politische Vereine im Sinne des § 3 des Vereinsgesetzes zu erklären, trotzdem im Reichstag alle Parteien mit Ausnahme der konservativen einig waren in der scharfen Zurückweisung der von Polizei und Gerichten beliebten Anwendung des Vereinsgesetzes. Wenn man aber glaubt, durch derartige Schikanen die Entwicklung der Gewerkschaften aufzuhalten, so irrt man sich. Man kann den Gewerkschaften zwar vorübergehend Schwierigkeiten bereiten, mehr aber nicht. Die Gewerkschaften sind im ständigen Kampfe gegen Polizeiwillkür und Klassenjustiz groß und stark geworden. Auch die neuesten Akte der Polizeibehörden werden lediglich dazu beitragen, die Kampfesfreudigkeit und den Opfernmut der organisierten Arbeiterkraft zu stärken und dadurch indirekt die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen zu fördern.

Auch die Heke der Scharfmacher gegen das unzulängliche Koalitionsrecht wird unermüdlich weiterbetrieben. Zu verschiedenen Einzelskandalen und Resolutionen zur Annahme gelangt, durch welche ein verstärkter Schutz der Arbeitswilligen und ein Verbot des Streikpostennehmens verlangt wird. Im Reichstag haben die Konservativen wie in früheren Jahren auch bei der diesjährigen Beratung einen Antrag eingebracht:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuchs dem Reichstage einen Entwurf vorzulegen, durch welchen ein wirksamer gesetzlicher Schutz gegen den zunehmenden Mißbrauch des Koalitionsrechts geschaffen, dem immer stärker ausgeübten Terrorismus gegenüber arbeitwilligen Arbeitern entschieden entgegengetreten, insbesondere aber das Streikpostenmachen verboten wird.“

Der Antrag wurde am 6. Februar 1911 gegen die Stimmen der Konservativen und der Abgeordneten Dr. Böder (Wingen-Alzen), Meyer (Welle) und Storf (Friedberg-Büdinger) abgelehnt. Der Reichskanzler erklärte, daß eine Zeitschrift über Koalitionszwang und dergleichen herausgegeben werden sollte, in der die Erfahrungen, die bei Arbeitskämpfen in Deutschland und in anderen Ländern gemacht worden sind, zusammengestellt werden sollen. Der Reichstag nannte einem Antrage Wiesbeck und Genossen zu, monach die Erhebungen und Feststellungen der angeforderten Regierungsdienststelle sich auch ausdehnen sollen auf solche Auswüchse des Koalitionszwangs im

wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben, die nicht von Arbeitern und Angestellten und deren Koalitionen, sondern von anderen Gesellschaftsklassen veranlaßt wurden.

Der Genosse Wolfgang Heine rechnete mit dem unehrlichen Terrorismusgeheim gegen die Gewerkschaften ab und zeigte an zahlreichen Beispielen, daß die wahren Terroristen im Lager der Scharfmacher zu finden sind. Heine übte an dem Verhalten der Polizei- und Verwaltungsbehörden gegen die organisierte Arbeiterkraft und der Rechtsprechung der Gerichte eine vernichtende Kritik. Die Heine'sche Rede ist ganz besonders geeignet, Aufklärung über die vollen und Bestrebungen der Scharfmacher, das koalitionsfeindliche Verhalten der Staatsorgane und die Notwendigkeit eines freien Vereinigungsrechts zu schaffen. Die Generalkommission hat deshalb die Heine'sche Rede als Druckchrift unter dem Titel „Der Kampf um das Koalitionsrecht“ zur Massenverbreitung herausgegeben. Dem Kampf für ein freies Koalitionsrecht dient auch eine andere, Ende des Jahres 1913 herausgegebene umfangreiche Schrift: „Das Koalitionsrecht in Deutschland“.

Mit dem feindseligen Verhalten gegen die Gewerkschaften stimmt auch der Mangel an Willfährigkeit auf sozialpolitischen Gebieten überein. Das Gesetz über die Konkurrenzklause bei den Handlungsgehilfen ist immer noch nicht fertig, ebenso geht es mit dem Gesetz über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen wird mit Hilfe der Reichsversicherungsordnung immer mehr eingeschränkt. Es ist darum besonders notwendig, tüchtige Arbeitervertreter für die Krankenkassen und die Versicherungsbehörden zu wählen.

Die ungünstige Wirtschaftslage hat auch den Fortschritt der Gewerkschaften beeinträchtigt. Wenn auch die Gesamtzahl der Mitglieder im Jahresdurchschnitt sich etwas vergrößert hat, so war sie am Ende des Jahres doch kleiner als ein Jahr vorher. Die Verbände der Bauarbeiter und der Maler haben die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Trotz der schlechten Wirtschaftslage war das Jahr nicht arm an Lohnbewegungen, deren Erfolg jedoch, immerhin unter der Wirtschaftslage leiden mußte.

Die von den Gewerkschaften und Genossenschaften gemeinsam gegründete Verlagsaktiengesellschaft Volksfürsorge eröffnete am 1. Juli ihren Betrieb.

Die Jugendbewegung hat weitere schöne Fortschritte gemacht, obwohl ihre Bekämpfung durch Behörden und staatlich geförderte Jugendbewegung weder an Schärfe noch an Umfang nachgelassen hat. In vielen Orten wurde das Versammlungswesen der jungen Anhänger unserer Bewegung völlig aufgehoben. Zusammenkünfte, auch solche geistlicher Art und in Gemeinschaft mit den Eltern, wurden verboten. Durch entsprechende Bestimmungen in Lehrverträgen wurde den Lehrlingen das Recht, ihre arbeitsfreie Zeit im Kreise ihrer Kameraden und Eltern zu verbringen, geraubt. Andererseits trieben die bürgerlichen Jugendvereine, unterstützt von staatlichen und städtischen Organen, eine schieferhafte Herbeiarbeit, um die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen an sich zu locken. Aber alle Maßnahmen gegen die proletarische Jugendbewegung haben nicht vermocht, ihre Fortwärtseentwicklung aufzuhalten. Die Zahl der Anhänger, die die Ausgabe der „Arbeiter-Jugend“, des Organs der proletarischen Jugendbewegung, ausdrückt, ist von 90 000 auf 163 000 gestiegen. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, an der auch die Generalkommission beteiligt ist, war bemüht, die Agitation für die Jugendbewegung der Arbeiterkraft zu fördern und die proletarischen Jugendleiter in ihrer Arbeit zu unterstützen. Zur Gewinnung von Bezirkebern für die „Arbeiter-Jugend“ hat sie gegen Ende des Geschäftsjahres ein neues Flugblatt herausgegeben, das in 36 000 Abdrücken verlammt wurde. Einige der älteren Flugblätter erschienen in neuer Bearbeitung. Die Agitation unter der weiblichen Jugend wurde angeregt und gefördert durch die Herausgabe des Flugblattes „An die junge Arbeiterin“ und der Broschüre „Adressen zu uns“. Das Flugblatt wurde in 8500, die Schrift in 16 810 Stück abgesetzt.

Die Agitationschrift „Gehörst du zu uns?“ wurde in 68 935 Abdrücken verbreitet. Im ganzen verlammt die Zentralstelle 360 500 Flugblätter. Der Kampf gegen den Alkoholgenuß, der seit Beginn der proletarischen Jugendbewegung eifrig betrieben wird, erhielt in dem Flugblatt „Die Jugend und das Trinken“ eine neue wirkungsvolle Waffe. Das Blatt fand 73 000 Abnehmer. Auf die Ausgestaltung der Jugendwanderungen wurde durch Herausgabe der Schrift „Wie soll man wandern?“ einzuwirken gesucht. Die Schrift wurde 1100mal abgesetzt. Der Almanach für die arbeitende Jugend „Jung-Volk“, der im vorigen Jahre eine freudige Aufnahme bei der Jugend gefunden hat, wurde für das Jahr 1914 neu herausgegeben. Seine Auflage betrug 35 000, die bald nach dem Erscheinen vergriffen war. Die Schriften „Der gesetzliche Arbeiterlohn für Jugendliche“ und „Katalog für die Jugendbibliotheken“ wurden in erweiterter Form neu herausgegeben. Vom Jugendliederbuch wurden 30 400 verkauft. Eine neue Volksliederausgabe mit Noten wird gegen Pfingsten erscheinen. Ferner ist die Herausgabe einer Jugendbibliothek in Vorbereitung, deren Bücher die Jugendlichen in die einzelnen Wirtschaftsklassen einführen sollen. Die ersten Bände werden gegen Ende des Sommers erscheinen.

Die Heranbildung von tüchtigen Jugendleitern betrachtet die Zentralstelle als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Für die einzelnen Arbeitsgebiete sind gedruckte Kataloge vorhanden, die durch das an Jugendleiter unentgeltlich abgegebene, in zungewohnter Reihenfolge erscheinende Rundschreiben ergänzt werden. Da die schriftliche Belehrung nicht genügt, um für die Jugendarbeit anzuleiten, hat die Zentralstelle im Berichtsjahre zunächst zwei Kurse für Jugendleiter in Berlin im Mai und September abgehalten. Jeder der Kurse dauerte eine Woche und zählte ungefähr 30 Teilnehmer. Die Kurse fanden nicht nur Anerkennung und Lob bei den Teilnehmern, sie haben auch schon Erfolge gezeigt. Seit Februar werden neben dem Jugendleiterkursus in Berlin noch Kurse in den Bezirken abgehalten. Der Bezirkskursus dauert zwei Tage. In dieser Zeit kann man natürlich nur die wichtigsten Fragen der Jugendarbeit in gedrängter Kürze behandeln. Bis zum Abschluß des Geschäftsjahres fanden 5 Kurse mit 195 Teilnehmern statt. Allgemein ist der Wunsch, daß in jedem Bezirk im Jahre mindestens ein Kursus abgehalten wird. Die Ausgaben der Zentralstelle betragen 28 601,77 Mk. Als Mittelglieder zwischen Zentralstelle und örtlichen Jugendausstellungen sind die Bezirksleitungen geschaffen worden, die im Berichtsjahre einen weiteren Ausbau erfahren haben. Gegenwärtig gibt es solche für 26 (im Vorjahre 22) Bezirke.

Das Gewerkschaftssekretariat für den Siegener Bezirk wurde aufgehoben und stat dessen in Hirschbach ein Bezirkssekretariat zur Vertretung der Gewerkschaftsmitglieder vor dem Oberversicherungsamt Kassel errichtet. Nach dem Tode des Sekretärs für Th- und Wehrreisen, Genossen Trübe, wurde dieser Posten im Einverständnis mit der Gewerkschaftsvorstände nicht wieder besetzt, weil er jetzt entbehrlich ist. Höhere Anforderungen an die Stelle der Generalkommission sind erhoben worden durch die Errichtung von Bezirksarbeitersekretariaten. Die Reichsversicherungsordnung hat die endgültige Entscheidung über den größten Teil der aus der Arbeiterversicherung sich ergebenden Streitigkeiten den Oberversicherungsämtern übertragen. Soll den Gewerkschaftsmitgliedern ein ausreichender Rechtschutz gewährt werden, so wird die mündliche Vertretung der Versicherten vor den Oberversicherungsämtern übernommen werden müssen. Dies kann in der Regel nur geschehen, wenn ein besonderes Bezirkssekretariat errichtet wird. Die Generalkommission hat deshalb die Bildung von Bezirksstellen empfohlen. Die Kosten des Bezirkssekretariats sollen durch eine mäßige Beitragleistung der Gewerkschaftskarte des Bezirks und Zustimmung der Generalkommission aufgebracht werden.

Die Statistik wurde weiter ausgebaut und die Zahl der dem „Correspondenzblatt“ beigefügten statistischen Beilagen von 9 auf 10 erhöht. Auch wird die

bisher von Richard Gahner bearbeitete Statistik über den deutschen Arbeitsmarkt nunmehr von der General-Commission genant.

Die neue internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen tagte vom 16. bis 18. September in Zürich. Sie beschloß unter anderem, den Namen des Internationalen Sekretariats abzuändern in Internationaler Gewerkschaftsbund. Zum Präsidenten des Bundes wurde der Genosse Legren gewählt.

Gewerkschaftliche Unterrichtsarbeit wurde abgehalten vom 13. Januar bis zum 22. Februar und vom 7. März bis zum 7. Mai 1913. Nach einem Beschluß der Konferenz der Vorstandsmitglieder soll in Zukunft ausschließlich nur noch ein gewerkschaftlicher Unterrichtsplan abgefaßt werden.

Die Sozialistische Arbeiterpartei hat ein großes Ansehen mit 26 Abteilungen und 236 Ortsvereine erlangt. Der ungenutzte Lohn steht jenseitigen Gewerkschaften zur Verfügung, kann jedoch nicht mehr verwendet werden.

Die Auflage des „Correspondenzblattes“ liegt bei 2000 auf 3000, die Arbeiterrechts-Beilage wurde außerdem noch in 5000 Exemplaren abgedruckt. Das in italienischer Sprache erscheinende Blatt „Lavoro Italiano“ erschien in einer Auflage von 1000 (1913), das polnische Blatt „Dziennik“ in 800 (1913) Exemplaren.

Die Gesamtsumme betrug 62 624 Mk., die Ausgaben 41 234 Mk.

In diesen Jahren wählte für die Jahre ein kurzer Jahresbericht des Zentralarbeitsreferats. Danach hat die Einführung der Reichsversicherungsordnung eine Verminderung der zu versichernden Arbeiter zur Folge gehabt. Es wurden 215 Zahlen abgemittelt. Der geringe Rückgang zeigt nicht unbedingt im Verhältnis zur Zunahme der Zahl der Arbeiter beim Reichsversicherungsamt.

Table with 2 columns: Category and Value. Categories include Gewerkschaften, Arbeitervereine, etc. Total 215.

In den vier eingegangenen 215 Streifen sind die aus der Vorjahrs nach in der Tabelle gezeichneten Zahlen:

Table with 2 columns: Year and Value. Shows data for 1913 and 1912.

In den vier eingegangenen 215 Streifen sind die aus der Vorjahrs nach in der Tabelle gezeichneten Zahlen:

Table with 2 columns: Year and Value. Shows data for 1913 and 1912.

Bei den 215 eingegangenen Zahlen waren: 1911 111 Arbeiter, 110 Gewerkschaften, 31 Gewerkschaften, 6 Gewerkschaften.

Bei den 215 eingegangenen Zahlen waren: 1911 111 Arbeiter, 110 Gewerkschaften, 31 Gewerkschaften, 6 Gewerkschaften.

Table with 4 columns: Category, Year, Value 1, Value 2. Categories include Gewerkschaften, Arbeitervereine, etc.

Die Reihenfolge und den Entscheidungen und günstigen Ausgange zugewandt werden. In 88 Fällen mußte die Vertretung leider abgelehnt werden, weil die Sache gänzlich aussichtslos war.

Bei den 140 Kandidaturen mußte die Vertretung in 19 Fällen abgelehnt werden. Es wurde auf das Rechtsmittel des

Table with 3 columns: Category, Anzahl, Prozent. Categories include die Revision zurückgewiesen, der Revision zurückgegeben, etc.

ferner gingen noch 85 Anfragen über nicht zu bearbeitende Sachen ein. Auf diese wies das Sekretariat 88 Auskünfte.

Die Süddeutsche Mühlenvereinigung und der Mehlhandel.

Die „Kartell-Kundschau“ beschäftigt in ihrem Januarheft sich mit dieser Angelegenheit. Sie schreibt, daß die Süddeutsche Mühlenvereinigung auch nach Abschluß der Kartellvereinbarung einige Zugewinne hat, deren Konfirmation auf dem Mehlmarkt sie inordentlich erwidert. Nach der „Kartellvereinbarung“ vom 8. Januar soll die Süddeutsche Mühlenvereinigung den Ansehens der Augenwörter dadurch erreichen, daß sie eine Vereinbarung mit den Mehlhändlern erzieht. Diese sollen sich verpflichten, nicht unter einem vom Syndikat festgesetzten Mehlpreise zu verkaufen, dafür soll der Minimalpreis von der Mühlenvereinigung in gestellt werden, daß den Mehlhändlern 1 Mk. Gewinn und Dampfergewinn nachbleibt. Gleichzeitig sollen die Händler sich verpflichten, Mehl ausschließlich von den Mühlen der Vereinigung zu beziehen. Die Mühlen sollen den Händlern außer dem reinen Gewinn von 1 Mk. noch eine Untergewinn gewähren und sie wollen nicht mehr direkt an Käufervereinigungen verkaufen, sondern auch diese Geschäft der Händler überlassen. Mit der Verpflichtung, die die Mehlhändler übernehmen sollen, kam es nur noch von den Mühlen des Syndikats zu Streit, worin man zu erreichen, daß die ungenutzten Mühlen sich dem Syndikat anschließen müssen, weil ihnen der Abschluß ihrer Verträge an die Mehlhändler durch die Vereinbarung unerschweren würde. Weiter wurde aber nach dem eine solche Vereinbarung die Freiheit des Mehlhandels unterbinden, weil dieser dann nicht unter dem ungenutzten Syndikalpreis Mehl abgeben dürfte. Dem Kartell die Kartellvereinbarung ist aus der zweiten Hand, d. h. beim Mehlhändler, billiger als bei den Mühlen, ist es, weil die Mehlhändler bei steigenden Preisen sich billig eingedeckt oder Abnahme mit Augenwörter gemacht hatten, die sich an die Preise der Syndikalmitglieder nicht hielten. Dieser Zustand lag und liegt im Interesse der Konsumenten, weil durch den einseitigen Kartell gegenüber einer breiten Volksschicht treibenden, rigorosen Preispolitik des Syndikats der Mühlen liegt. Klug ist, daß das Syndikalmitglied die Kartellvereinbarung eine solche rigorose Preispolitik bisher nicht erreichen hat, wobei aber zu bedenken ist, daß das Syndikat, so lange noch zahlreiche Augenwörter vorhanden waren, durch eine solche Kartell mit der Markt verfahren haben würde. Gelangt es dem Mehlhändler, die Augenwörter zum Abschluß zu zwingen, dann kann und wird es keine Macht besitzen, den Konsumenten die Mehlpreise zu differenzieren, wenn es allerdings die Sache zu toll treibt, dann werden weiter erzwungen, besonders am Rheinwege gelegene Großmühlen auf dem süddeutschen Markt inaktiv zu machen. Als weitere Abwehrmaßregel läßt er außerdem die Einführung von Großmühlen durch die Gruppenkartellgesellschaft deutscher Mehlhändler und durch große Mühlenvereinigungen in Betracht.

Die „Kartell-Kundschau“ schreibt, daß die Kartellvereinbarung die Kartellvereinbarung bisher schon notwendig von den Syndikalmitgliedern bezogen, geneigt seien, auf die Kartellvereinbarung einzugehen, sie glauben aber, daß das Projekt an dem Widerstand anderer Mehlhändlergruppen, darunter der Kartellvereinbarung, scheitern werde. Die Interessen der großen und der kleinen Mehlhändler seien bei Kartellvereinbarung der Frage auszuweichen, denn den Großhändlern müßte neben dem reinen Kartellgewinn noch eine Untergewinn, welche die kleinen Händler nicht bekommen. Wenn die genannte Vereinbarung zwischen Mühlenvereinigungen und Mehlhändlern zustande kommen sollte, so läge darin eine gewisse Gefahr für die Konsumenten.

Es ist selbstverständlich, daß die Süddeutsche Mühlenvereinigung gegen diese Ausführungen sich wehrt und die angeführten Tatsachen als den Tatsachen nicht entsprechend hinstellt. Sie schreibt u. a. zu verweisen, daß wir niemals zu Kartellvereinbarung gezwungen werden, die einen objektiven Vorteil nicht handhaben können und das Recht der Konsumenten zu schützen hätten, noch zu verweisen, die Interessen der Konsumenten, die Kartellvereinbarung aber der Kartellvereinbarung zum Schaden gereichen. In dem Artikel in

allerdings auch anerkannt, daß die Preispolitik der organisierten Mühlen bisher keinen Anlaß zu Klagen gegeben hat. Wir empfehlen daher, erst abzuwarten, ob wir in Zukunft diesen Weg verlassen. Solange dies nicht der Fall ist und wir uns nichts anrechnen lassen können, sollte man nicht durch Kartellvereinbarung teil unruhiger, teils nur als möglich unternehmerischen Interessen und Kartellvereinbarung in mehr, mit der Mühlenvereinigung in Verbindung stehende Streite tragen und dadurch deren berechnete wirtschaftliche Interessen schädigen!

Uns Mehlhändlerkreise wird zu der Angelegenheit geschrieben:

Durch das außerordentlich betriebene und wertvolle Spezialreferat haben sich im Mehlhandel allmählich Zustände herausgebildet, wie solche in keiner anderen Branche existieren. Der reguläre Handel und besonders die zahlreichen kleineren Mehlhändler müssen sich für ihre täglichen Verkäufe stets sofort bedien, weil sie das Spezialreferat nicht auf sich nehmen können. Sie müssen daher, wenn sie verdienen wollen, einen Bruttogewinn von circa 1 Mk. über den Preis der Mühlenvereinigung erzielen. Von diesem Ubergewinn von 1 Mk. gehen die Geschäftsausgaben, Zinsverluste usw. ab. Diesen regulären Erlös zu erzielen, verhindert aber das erwähnte Spezialreferat. Wenn daher die Mühlenvereinigung den Mehlhändlern einen Minimalverkaufspreis, der einen Bruttogewinn von 1 Mk. läßt, festlegen will, so ist dies nur zu begrüßen, weil einzig und allein dadurch der reguläre Mehlhandel überhaupt lebensfähig erhalten werden kann. Auch die geplante Untergewinn ist zu begrüßen, denn es ist nicht mehr wie recht und billig und auch in jeder anderen Branche üblich, daß dem Großabnehmer gegenüber dem Kleinabnehmer gewisse Vorzugspreise respektive eine Untergewinn eingeräumt werden. Dies ist aber ungenutzterweise fest bei den Verkäufen der Mühlenvereinigung nicht der Fall. Wenn die Mühlenvereinigung außerhalb ihres geschützten Kartell-Mehls zu billigen Preisen abgibt, so tut sie das, um durch größeren Absatz ihre Betriebskosten zu verringern, doch kommt dies jedem Mehlhändler, der außerhalb des geschützten Kartells arbeitet, zufließen. Ausgeschlossen ist, daß dadurch den Mehlhändlern innerhalb des geschützten Kartells eine unrette Konkurrenz gemacht wird, denn die Mühlenvereinigung verliert in fraglichen Fällen unter keinen Umständen in das geschützte Abgabegbiet, sondern nur nach außerhalb desselben. Und bei der Preisdifferenz von 50 bis 75 Pf. ist es nicht möglich, Außen-Kartellmehle wieder zurück in das geschützte Gebiet zu senden, da die Frachtkosten diese Preisdifferenz aufzehren würden. Es ist anzunehmen, daß im Abgabegbiet der Mühlenvereinigung eine Anzahl unabhängiger kleiner und mittlerer Mühlen bleiben, die einer übertriebenen einseitigen Preispolitik entgegenwirken werden. Auch in die Süddeutsche selbst auf Grund laufender Abschlüsse bei ungenutzter hohen Preisen der Mühlenvereinigung durch Zurückhaltung von Mehl in der Lage, deren etwaige Preispolitik zu durchkreuzen. Sollte der Mehlhandel seine Freiheit wirklich wahren wollen, so hätte er sich der Mühlenvereinigung gegenüber ebenfalls zu einer Vereinbarung zusammenzuschließen müssen. Aber die darauf hinzielenden Bestrebungen wurden gerade von den Kartell bekämpft und abgelehnt, die unter Freiheit des Mehlhandels nur eine solche verstehen, die sie zur Erdrückung des regulären, nicht großkapitalistischen, mittleren und kleineren Handels treiben. Und diese Karte sind in ihrer Entstehung geschädigt, wenn sie von der Mühlenvereinigung abhängig, als wenn sie dem freien Wettbewerb einer großkapitalistischen Händlerkapitalisten-Gruppe gegenüber sind.

Diese Zurücktritt an die „Kartell-Kundschau“ geht nur von der Berufstätigkeit der Mehlhändlerinteressen aus. Viel wichtiger aber sind die Interessen der Konsumenten. Sollten die Vereinbarungen zwischen Mühlenvereinigungen und Mehlhändlern zustande kommen, so besteht die Gefahr, daß beide Teile über die Konsumenten herfallen und sie nach Noten so lange abwägen, bis die Errichtung genossenschaftlicher Großmühlen dem ein Ende macht.

Die Schmach des „Bundes“ nach „Handwerkern und ungelerten Arbeitern“.

Zweien werden in der Nr. 22 der „Bundes-Zeitung“ die Anträge, mit welchen sich der 15. Delegiertenkongress des „Bundes“ beschäftigen soll, veröffentlicht.

Uns interessieren im Augenblick nur wenige der zur Beratung stehenden Anträge, jedoch kommt in diesen mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, wie ungenutzt man darauf bedacht ist, dem seit langem stagnierenden Bund, der sich trotz aller Abteilungen immer mehr rückwärts entwickelt, neues Leben und neue Aufgaben zu verschaffen. An sich muß es ja das Bestreben jeder Organisation sein, sich auszudehnen und für Mittel zu sorgen, die dieses Bestreben unterstützen, aber wenn der „Bund“ derartige Mittel bereitstellen will, ist es wohl gut, diese etwas näher zu prüfen.

Die Klausur der „Bund“ seinen Mitgliederstand aufzuheben? Einfach dadurch, daß alle in Deutschland, Belgien, Frankreich und Spanien

reien Beschäftigten angenommen werden. Man will also die, welche man in früheren Jahren in unerbittlicher Art durch Wort und Schrift schändete (wir vermehren auf die Nr. 1 unserer Zeitung, wo wir Kröten solcher Schandthaten wiedergaben), nun will alle in den genannten Betrieben Beschäftigten erst im „Bund“ als Mitglieder aufnehmen, ja, man will ihnen sogar beim Uebertritt aus anderen Organisationen eine entsprechende Mitgliedsdauer anrechnen, wir hoffen, daß das vergebliche Liebesmühen sein wird, wollen aber trotzdem zur Information einige Kröten jenen, wie man sonst über Handwerker und Arbeiter vorher und auch wohl noch heute denkt, an das Licht der Öffentlichkeit zutreten.

Daß man nicht gekommen ist, also nicht mit Nichtbräuern zusammenzukommen, beweist der Antrag Hamburg, der zunächst die Aufnahme aller im Betriebe Tätigen fordert, aber weiter sagt, „doch sind, wenn 50 Nichtbräuer in Frage kommen, zwei Sektionen zu bilden“.

Doch hören wir die „Bundes-Zeitung“, Nr. 1 von 1893:

Was wir wollen!

Wir wollen, daß der Gesellenbund im Brauergewerbe gefördert und gehoben werde und — entgegen den Behauptungen der Sozialdemokratie, die sich mit den Fuhsarbeitern auf eine gleiche Stufe stellt — daß unser Gesellenbund erhalten bleibt.

„Bundes-Zeitung“, Nr. 5 von 1893:

Was wir wollen!

Jeder Kollege wird zugesehen, daß es immer eine Blamage für einen Brauerverein oder dessen Gesamtverband ist, wenn **Wasser, Tagelöhner** usw. zwischen den Mitgliedern oder gar am Vorstandstisch sitzen und das große Wort führen, als ob wir Brauer unter uns keine intelligenten Köpfe zur Leitung von Versammlungen hätten.

Unter Beirathen ist allein nur unser Gesellenbund frei von Tagelöhnern zu erhalten und endlich Frieden unter uns zu haben.

Als Blamage wurde das Zusammen-sitzen mit Nichtbräuern empfunden, heute ist es genau noch so, denn wie wäre sonst der Antrag Hamburg zu verfechten.

„Bundes-Zeitung“, Nr. 5 von 1893:

Wenn diese in roter oder schwarzer angezeichneten Kollegen in Hannover, Hamburg usw. glauben, daß die Mehrzahl der Brauergesellen im Rheinland mit den Schnollen sich verbrüdernd, so irren sie sich ganz gewaltig!

„Bundes-Zeitung“, Nr. 13 von 1893:

Wäre das letztere nicht der Fall, so brauchen die Brauerfamilien nicht zu darben, denn an Stelle der **Tagelöhner** würden Familienmänner, die Brauergesellen sind, ... und in Sonan haben die Brauer (Mitglieder des Rheinischen Verbandes) sogar in ihrer Versammlung am 4. d. Mts. 10 **Tagelöhner** und nur einen Brauer in ihren Verband als Mitglieder aufgenommen.

„Bundes-Zeitung“, Nr. 3 von 1893:

Nachdem wir nun, Gott sei Dank, eine „Bundes-Zeitung“ haben, in der man auch eine Meinung äußern darf, ebenso wie die Anhänger Viehles nach ihrer Art in dem Zentralorgan, das ja wieder den schönen Namen „Brauer-Zeitung“ erhalten soll (offenbar ist das nur eine Maske, denn in Wirklichkeit verbirgt sich dahinter der Name „**Brauereiarbeiter-Zeitung**“ oder „**Schnollenorgan**“).

Sie bemerken, daß mit Schnollen Fuhsarbeiter in herabsetzendem Sinne gemeint sind.

Unter den Anträgen beizuhaltigen hat eine ganze Anzahl mit der Umgestaltung und Umbenennung der „Bundes-Zeitung“, und finden wir, daß das, was man uns 1893 vorwarf, heute von den ehemals so stolzen Gesellen gefordert wird. Sie sind doch die Anführer ändern!

„Bundes-Zeitung“, Nr. 2 von 1894:

An unsere Geuer!

Dummheit zeigten die nach Nürnberg delegierten Vertreter der roten Brüder, als sie dafür stimmten und beschlossen, die **Schnollen** (**Sagelöhner**) als gleichberechtigte Mitglieder ihres sozialdemokratischen Verbandes anzunehmen.

Daß der Bericht, der damals in Nürnberg gefaßt wurde, außerordentlich für unsere Organisation war, beweist die Tatsache, daß wir heute weit über 30000 Mitglieder zählen, während die so stolzen Bundesgesellen über 3000 und einige hundert noch nicht herangekommen sind.

Die Erlaubnis, welche sie 1894 so freudigstillschielend uns als Dummheit beschulderten, kommt bei uns, wie wir, ohne Hoffnung sein zu wollen, leider zuhelfen müssen, reichlich wahr.

„Bundes-Zeitung“, Nr. 6 von 1894:

Wunderbar ist es, daß man mit einem Male wieder von Arbeitern und Brauereien in dieser Zeitung spricht! Ist man schon der Meinung, es läge zwischen beiden keinen Unterschied mehr, denn wir alle wollen uns doch **Brauereiarbeiter** heißen! — Was nicht ist!

„Bundes-Zeitung“, Nr. 28 von 1894: Der jetzige Berliner Vorstehende Will jagte am dem 2. Delegiertenstag in Berlin vom 13. bis 15. Juni 1894:

„Unsere Zeitung ist das Organ, durch das wir sprechen und durch das wir uns wehren, durch das wir die Lügen der Geuer, deren Verdrehungen und Entstellungen brandmarken, durch das wir uns zu schützen haben für vielleicht noch schlimmere Folgen als die bisherigen, denn wir wollen nicht zu **Tagelöhnern herabstufen**.“ (Brand!)

Die neuerlichen Anträge die „Bundes-Zeitung“ betreffend beweisen, daß man nach zwanzig Jahren recht unzufrieden mit dem ist, was die „Bundes-Zeitung“ heute bietet.

„Bundes-Zeitung“, Nr. 28, Seite 5, von 1894:

Der Sternemir.

Ich bin es nämlich wiederum überzeugt, daß wir gewiß sehr gut angenommen würden und wir könnten die Freunde unterstützen, mit uns einzuführen in den Bund deutscher Brauereigenossen, daß dieselben ja auch keine **Brauereiarbeiter** und **Tagelöhner** sein wollen. **Wasser!**

Wie man über den Ausschluß der einzelnen Vereine an die Deutschen Gewerksvereine (D-G.), der ja auch jetzt wieder allgemein angenommen werden soll, dachte, zeigt folgende schöne Mitteilung:

„Bundes-Zeitung“, Nr. 20, Seite 3, von 1893:

„Ein weiterer Punkt, der uns nicht gefällt, ist der, daß auch die Fuhsarbeiter in den Gewerksvereine, sogenannte **Tagelöhner**, Mitglieder des Gewerksvereins sind, während in unserem Bund nur **Brauereigenossen** Aufnahme finden. Durch unseren Beitritt würden wir also auch „Genossen“ dieser Arbeiter werden.“

„Bundes-Zeitung“, Nr. 43, Seite 2, von 1894:

Er erwähnte ferner die Kollegen, an dem Gesellenbund teilzunehmen und sich nicht als **Brauereiarbeiter** und Mitglieder des sozialdemokratischen hannoverschen Verbandes bezeichnen zu lassen, das Hand-hochhalten. Ein kräftiges Bravo der Versammlung behauptete seine Rede.

Zum Schluß noch einige Äußerungen über das Verhältnis zu den Arbeitgebern, wie man es sich so schön gedacht, wie es zum Schmelzen der „Bundes-gesellen“ aber nicht geliebt ist. Die Verhältnisse waren härter und zwingen nach sie zu anderer Laß!

„Bundes-Zeitung“, Nr. 1 von 1893:

Wir wollen die Arbeitgeber und Vorgesetzten zu unsern **Verwandten** haben und nicht, wie die Sozialdemokratie lehrt, dieselben als „nahrungsmittel Feinde“ ansehen; denn Frieden ernährt und Unfriede verzehrt.“

„Bundes-Zeitung“, Nr. 3 von 1893:

Wir existieren in unserer **Sozialistischen** unteren **Verände**, weil sie uns nicht nur Lohn und Brot geben, sondern auch weil sie uns **Vertrauen** entgegenbringen, das wieder **Vertrauen** erweckt. — Das ist mehr wert, als ein erzwungenes hoher Lohn, den man nur für die Zeit genießt, weil man als Feind bei erster Gelegenheit wieder außer Lohn und Brot kommt.“

„Bundes-Zeitung“, Nr. 3 von 1893:

Wer von den Kollegen nach diesen Proben noch Zweifel hat, ist einer Täuschung anheimgegeben, deren Ursache es als ihrer unwürdig empfunden, mit Arbeitern und Handwerkern zu verfechten, denn sie nicht zu helfen, da ein solcher Kollege den Wert der freigeschaffenen Organisations weder erkannt noch würdigen gelernt hat.

Zum Kampf in Kassel.

Sie gehen nicht nach, und wenn alles zum Teufel geht“ meinte nach Ausbruch des Kampfes einer der Brauereidirektoren und verriet damit, um was es sich bei dem Kampfe eigentlich handelt. Sie konnten schon den Wünschen der Arbeiter entgegenkommen, aber sie wollten nicht. Redensart: **Schade**, der Vertreter der Brauereien, welche übrigens vor den Verhältnissen und der Geschäfts-lage der Kasser Brauereien außerordentlich interessiert zu sein, sonst hätte er den Arbeitern nicht schreiben können, daß die Brauereien andere Ansprüche „ange-sucht“ der rückläufigen Konjunktur und der möglichen Verhältnisse im Brauergewerbe nicht machen könnten.“

Der Geschäftsbericht der Deutschen und Deutschen Brauerei für 1912/13 urteilt Herr Schmidt folgen, denn es heißt da:

Der Absatz hat sich um nahezu 9000 Hektoliter erhöht. Der Abgangsumsatz stellt sich auf 618 300 Mark 29 Pf. im Vergleich der Abgangsumsatz des hübschen Zünftchen von 443 374 Mark 12 Pf. im Vergleich. Also über 2000 Mark mehr Abgangsumsatz als im Jahre 1911/12. Das laufende Geschäftsjahr zeigt steigenden Absatz.“

Also steigenden Absatz, ergo größeren Gewinn. Da wollen die Brauereigenossen von rückläufiger Konjunktur und von möglicher Geschäftslage reden! Nach diesen Zahlen wird wohl niemand verlangen, daß den Klagen der Brauereien Glauben geschenkt wird. Das Geschäft steht in den übrigen Brauereien hoffens nicht schlechter aus, denn auch dort hat die „rückläufige Konjunktur“ hübsche Gewinne eingebracht.

Die Brauereien wollen nicht entgegenkommen, lieber lassen sie durch Herrn Schmidt dafür sorgen, daß durch den anspruchsvollen Kampf nur in der Zeit die „Konjunktur eine rückläufige wird und die Verhältnisse möglicherweise werden“. Die letzten „Erlöse“ wird Herr Schmidt ein schönes Stück Geld bekommen müssen, und wenn die Brauereien das Schlachtfeld und seine Trümmer übersehen werden, dürfte Herr Schmidt ihres heißen Dankes über sein!

Die Direktion der Betriebsbrauerei scheint Angst vor ihrer eigenen Courage zu bekommen. Sie hehret jetzt im Kasser Biergarten, die Arbeiter ansprechen zu haben. Die Arbeiter hatten am Sonnabendvormittag die Forderung auf Entlassung der zu der Hebermannsarbeit herangezogenen Eingekerkerten gestellt und hätten die Arbeit niedergelegt, als dieser Forderung nicht entgegen worden sei.

Diese Darstellung ist unrichtig, wie die Direktion wissen konnte.

Die Arbeiter kamen am Sonnabendvormittag gar keine Forderung stellen. Bereits um 11 Minuten vor 6 Uhr jagte der Herr Verwaltung sein das Jahrgesamt mit den Worten: „Haus, raus!“ aus dem Betriebe. Schon zu gleicher Zeit folgte das Handwerker- und Maschinenpersonal. Von einem freiwilligen Verlassen des Betriebes durch die Arbeiter kann demnach keine Rede sein.

Die Polizei, der dieser Kampf zwischen Arbeit und Kapital abhört nichts an, bei dem sie nach gar nichts verlieren und zu verlieren hat, legt sich — leider immer nur über den selbstverständlichen! — für die Brauereigenossen ein. Die Streikenden werden schikaniert, vor der Schöffengerichtsaussprache sie sogar mit Polizeihunden umgeben. Es überdies zum Himmel, was sich die von allen Bürgern bezahlte Polizei gegen streikende Arbeiter erlaubt herausnehmen zu dürfen.

Das Streikverbot ist ein geistliches Verbot, das sich der Arbeiter nach lange nicht durch jeden Schugmann überwinden zu lassen brauchen, solange sie in Ruhe ihrer Pflicht nachgehen. Der Herr Polizeidirektor würde sich um den Frieden der Stadt sehr verdient machen, wenn er die unangebrachte Schikanie mancher Beamten gegen Streikenden etwas weniger mochte. Beamte und doch auch Bürgerpflicht und Staatsbürger und haben als solche dasselbe Recht wie jeder Brauereidirektor. Sie rufen unsere Zustimmung in, beweist ein Demers der kaiserlichen Regierung gegenüber der Behauptung, daß sie beabsichtige, eine Verordnung herauszugeben, die den kaiserlichen Polizisten das gestatten würde, was sie in Kassel schon jetzt sich herausnehmen. In diesem Demers der kaiserlichen Regierung heißt es unter anderem: Es wird in der Verordnung ausdrücklich bestimmt werden, daß die Polizeibehörde sich in gewerbliche Streitigkeiten, insbesondere Streiks und Ausperrungen, nicht einzumischen hat.

Die Brauereien haben ganz Deutschland mit Streikbrechern ab: die Brauerei Kassel nicht nach-organisierte tüchtige Brauer in der Brauer- und Hopfenseimung, einem Leinwand Kollegen hat sie 20,50 Mk. Hohenlohe und 6 Mk. Biergeld. Nach Chemnitz hat man ebenfalls nach Streikbrechern geschickten. Auch ein ehemaliger Kasser Brauereiarbeiter befindet sich jetzt als Streikbrecheragent. Die „Kasser Volkszeitung“ weiß darüber folgendes zu berichten:

Kassel, 21. Okt. Das ehemalige Handwerker eines Streikbrecheragenten ist jetzt der Herr Brauereiarbeiter in der Brauerei Reidingen in Kassel. Reidingen hat, ergreifen zu wollen. In Kassel stehen die Arbeiter mehrerer Brauereien im Streit zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Um sich nun vielleicht bei den dortigen Biermachern in Ansehen zu bringen, wagt der Herr Brauereiarbeiter in Kassel, die Kollegen in Kassel Solidarität gegen zu bringen, um sich nicht zu sehr bemerklichen zum mißbrauchen zu lassen.

Diese Zeitung weiß genau zu dem Verhalten des Herrn hier in Kassel in der Brauerei Kassel. Sie froh die Brauereien um alle Leute sind, weil insbesondere Sozial: Die Deutsche Arbeitervereine beschäftigt jetzt wieder den hiesigen Sozialen Leiter, der von derselben Brauerei vor ein paar Jahren entlassen wurde, weil er die Gewerke recht „hübsch“ bediente, indem er dem einen Gelehrten Kasser Bier zuzumachen und dem bei dem anderen zu Geld machte. Die Sinne der Deutschen Arbeitervereine werden erheitert sein über die neue Bestimmung. Trotz der Unmenge Streikbrecher, die man in den Betrieben hat, ist es — Kassel in Kassel!

Die hiesige Gewerkschaft ist unheimlich verärgert geworden. Ständig verhalten sie einen Streikenden, der ruhig um das Tages eine nach dem anderen über Stunden in Kasser Gewerkschaft. Sie werden sehen, wie die Polizei ihre Handlungsmittel bei der Gewerkschaft gründen will. Umso mehr demnach dem Streik nicht am Tage. Den streikenden Arbeitern aber muss man...

† **Reuhaldensleben.** Am 24. Februar reichten die Arbeiter durch den Verband einen neuen Tarif an die Direktion der Bergschloßbrauerei ein, nachdem der im Jahre 1908 abgeschlossene Tarif am 1. Mai zum Ablauf kam. Bereits am 26. Februar antwortete die Brauerei, daß sie die Verhandlung dem Verein der Brauereien von Magdeburg übertragen hätte. Erst am 23. April fanden mit dem Syndikus die ersten Verhandlungen statt, wo er 50 Pf. Zulage bot. Die Arbeitnehmer lehnten dieses Angebot ab und teilten es dem Syndikus mit. Am 13. Mai fanden wieder Verhandlungen statt, wo der Syndikus die Erklärung abgab, daß die Zulage von 1 Mk. das letzte Angebot sei, daneben sollten aber verschlechterte Bestimmungen in Kraft genommen werden. Der Tarif, der sechs Jahre für beide Teile zur Zufriedenheit bestanden hat, sollte in fast allen Punkten verschlechtert werden. Das lehnten die Arbeitnehmer ab und beauftragten die Organisationsleitung, mit der Brauerei selbst zu verhandeln. Auf Vorstelligwerden bei der Direktion erklärte sie, daß sie nicht in der Lage sei, mit der Organisationsleitung zu verhandeln, da ein Beschluß des Vereins der Brauereien vorliegt, welcher die Verhandlung mit der Organisation unter Konventionalschutz verbietet. Weiderseits wurde vereinbart, Sonnabend, den 16. d. M., in Magdeburg im Bureau des Syndikus weiter zu verhandeln. Aber der Syndikus legt dem Tarifabschluß zu wenig Bedeutung bei, daß er, ohne irgendwelche Mitteilung zu machen, auf vier Wochen verzögerte. Er mußte, daß nach seiner letzten Erklärung für die Arbeitnehmer nur zwei Möglichkeiten übrigblieben: entweder das Angebot annehmen oder abhaken; im letzteren Falle gleichzeitig Kampf, da ja weitere Verhandlungen ausgeschlossen sein sollten. Das ist geradezu eine Verhöhnung der Arbeiter und deren Organisation. Erst berichtet man die Verhandlungen bis zum Ablauf des bestehenden Tarifs, denn gibt man endgültige Erklärungen ab und verzögert auf 4 Wochen, nachdem der Brauerei unter Strafe verboten ist, selbständig zu verhandeln. Der Syndikus konnte aber nicht so verfahren, wenn die Brauereien nicht das gleiche mochten. Die Arbeitnehmer lassen sich nicht auf 4 Wochen verzögern. Wenn die Bergschloßbrauerei mit diesem Verschleppungsmanöver einverstanden ist, so muß sie auch die Folgen tragen.

† **Döbenburg (Großherzog).** Seendeter Streik. Die im Verband der Brauerei- und Mälzearbeiter organisierten Arbeiter der Biergroßhandlung Reimers u. Sohn hatten ihre Organisationsleitung beantragt, eine Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse in die Wege zu leiten. Insbesondere empfanden sie es als einen Mangel, daß die täglich 10 Stunden betragende Arbeitszeit zeitweilig ganz erheblich überschritten wurde, ohne dafür besondere Bezahlung zu erhalten. Eine Unterhandlung über den eingereichten Tarifentwurf lebte die Firma ab und war auch eine persönliche Vorsprache der Arbeiter ohne Erfolg, so daß am Mittwoch einmütig die Arbeit eingestellt wurde. Nach vierstündigem Ausstand machte die Firma dann Zugeständnisse, die für die Arbeiter befriedigend waren und wurde auch über die Wiedereinstellung der Streikenden eine Verständigung erzielt.

Die Biergroßhandlung Klostermann, bei der die gleichen Forderungen eingereicht wurden, machte ohne Arbeitseinstellung befriedigende Zugeständnisse.

† **Nieja.** In der Schmüle Einhorn u. Co. hat ein neuer Tarifabschluß den Kollegen verschiedene Vorteile gebracht. Die Arbeitszeit wurde um ¼ Stunde täglich verkürzt, die Löhne wurden um 1,75 Mk. während der Tarifdauer, die Uebermundenjake um 5 Pf. pro Stunde, der Urlaub auf eine Woche erhöht, betriebs 5 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches traten weitere Verbesserungen ein. Alles in allem ein schöner Erfolg, den die Kollegen ihrer Organisation und ihrer Einigkeit verdanken.

† **Hemmungen.** Tarifvertrag. Mit der westfälischen Somenbrauerei wurde ein neuer Vertrag vereinbart, der 4 Jahre Gültigkeit hat. Die erlangten Verbesserungen sind folgende: Die Arbeitszeit wurde um eine halbe Stunde gekürzt und beträgt vom 1. Oktober 1914 ab 9 Stunden. Die Arbeitszeit der Bierfabrik und Chauffeure ist ziemlich der inneren Betriebsarbeiter angepaßt. Die Uebermundenjake erhöhen sich durchweg um 10 Pf. und betragen an Sonntagen 70 Pf., an Sonntagen 80 Pf. Eine zu leistende schiefe Schicht der Mälzmeister und Heizer wird mit ¼ des Wochenlohnes vergütet; für Kübsteinhaltung der Kassen wird pro Woche 3 Mk. extra bezahlt. Sonntagspersonal damit im Sommer 9 Stunden, im Winter 8 Stunden und wird mit 6 Mk. bezahlt. Die Lohnrückstellungen betragen während der Tarifdauer 250 Mk. bis 3 Mk. pro Woche. Bei militärischen Leistungen wird auf die Dauer von 14 Tagen der volle Lohn bezahlt und bei Krankheiten die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld vergütet. Urlaub erhält jeder Arbeiter nach einjähriger Tätigkeit 3 Tage, nach zwei Jahren 5 Tage und nach drei Jahren eine Woche ohne Lohnabzug. Kleine Ferienmiete bis zu einem Tage werden ebenfalls nicht in Abzug gebracht. Alles in allem haben die Kollegen sehr schöne Verbesserungen erzielt, die sie in erster Linie ihrer geschicklichen Einheitsorganisation zu danken haben. Mögen sie es nun auch zu würdigen wissen und stets in voller Einmütigkeit zusammen stehen, denn darin liegt vor allen Dingen die beste Gewähr für frische Durchführung und Einhaltung des Vertrages.

Korrespondenzen.

† **Branitzberg.** In der letzten Sitzung des Gewerkschaftsrates wurde aus der Mitte der Kommissionsmitglieder ein Ausschuss über die Verhältnisse in der Brauerei Streitberg berufen. Man habe gehört, daß dort besonders Gelbe eingekocht werden. Die Arbeiter hätten ein großes Interesse an der Aufklärung über die Zustände auf der Brauerei Streitberg. Der Vorsitzende forderte Kollegen Müller auf, Aufschluß zu geben. Dieser munkelt sich, daß die Verhältnisse in der Brauerei Streitberg schon in unbeteiligten Kreisen bekannt geworden seien. Er könne allerdings behaupten, daß nach der Sitzung des neuen Rates nur Gelbe ermaestelt würden. Die Behandlung sei auch nicht so, wie sie sein müßte. Es sei allerdings in erster Linie Sache des Brauerei- und Mälzearbeiterverbandes, dort einzugreifen, aber es sei doch erträulich, daß die Genossen sich um die Verhältnisse kümmern wollen. Vielleicht

nehme der Direktor Fleischmann Rücksicht darauf und ziehe die Konsequenzen davon. Es müsse verlangt werden, daß in erster Linie heilige arbeitslose Brauereiarbeiter eingestellt und keine Gelbe von auswärts herangezogen werden. Ein Delegierter wünscht, daß das Gewerkschaftsstellvertretung zu der Frage nehmen und dem Direktor Fleischmann unmissverständlich zu verstehen geben solle, daß die Arbeiterklasse entrüstet sei über die Zustände in der Streitbergbrauerei. Da es jedoch schon ziemlich spät geworden war, so wurde die Debatte abgebrochen.

† **Markt-Medwin.** In der am 24. Mai stattgefundenen Agitationsversammlung, die sehr gut besucht war, referierte Gauleiter Scharnbs-Regensburg über „Zweck und Nutzen des Verbandes“. Scharnbs gab einen Rückblick über die ersten Bewegungen und die gewaltigen Kämpfe in der Arbeiterklasse, und die schweren Opfer, welche unsere Vorkämpfer bringen mußten. Nicht energielos soll man von vorne stehen, sondern lebhaft zugreifen und den Ursachen nachgehen, dann werden auch andere Zustände geschaffen werden können. Jeder soll zum Ausbau der Festung Organisation beitragen, dann und nur imstande, menschwürdige Verhältnisse durchzusetzen. Der Vortrag fand allgemeinen Beifall. Alsdann gab Arbeitersekretär Weiß einen Bericht über die Markt-Medwitzer Verhältnisse und schilderte die einzelnen Vorgänge innerhalb der Arbeiterbewegung. Die Kollegen sind allgemein zu der Ueberzeugung gekommen, daß nur eine geschlossene Organisation Verbesserungen bringen kann, und wenn jeder seinen Mann stellt, so wird und muß es anders werden. Mögen die Kollegen von Markt-Medwin, Arzberg, Marktkeuthen, Wunsiedel, Reuth, Brand, Friedensfeld, Trübenreuth und Waldjassen ihren Mann stellen, dann wird die Organisation den ihr gebührenden Platz einnehmen.

† **Rötha b. Leipzig.** Die Direktion der hiesigen Obstwein-Kellerei kann oder will sich noch immer nicht dazu bequemen, ihren Arbeitern das Koalitionsrecht unangekündigt zuzugestehen. Wir welchen Mitteln dem Verbandsangehörigen Arbeitern wird, schildern wir später einmal, wenn die Betriebsleitung es nicht vorzieht, bald einzulernen und mit der Organisation über Abschluß eines Tarifvertrages zu verhandeln. In der Schmeinschende zu Rötha hatten im Sommer viele Ausschläger Eintrich und trafen sich durch Preise und Trank. Vielleicht gelangt es uns, diese für die Lage der Kellereiarbeiter und Arbeiterinnen zu interessieren, was nicht schwer sein dürfte, wenn sie erfahren, daß die Arbeiter, abgesehen von wenigen Ausnahmen, bei den teuren Zeiten nicht über 20 Mk. die Arbeiterinnen nur 9 Mk. verdienen. Wenn die Ausschläger hören werden, daß die Betriebsleitung die Erhöhung dieser geringen Löhne um nur 1 Mk. pro Woche abgelehnt hat, werden sie sicher in der Mehrzahl ihre Konsequenzen aus diesem Verhalten ziehen. Am 5. April wurde in einer Versammlung die Forderung nach tariflicher Regelung der Arbeitsverhältnisse mit unserem Verbands von den Arbeitern gestellt, am 7. April dieser Wunsch der Direktion mitgeteilt und am 25. Mai war noch keine Antwort ergangen! Das Publikum wird dieses Verhalten kaum verzeihen und sicher nicht billigen.

Rundschau.

Aus der Industrie.

Ein Richter der Kleinbrauer beschäftigte am 13. Mai die Revisionskommission des Reichstags. Die Breslauer Kleinbrauer, die Natzfabrik Mühlberg a. E. und der Verein der mittleren und kleinen Brauereien der Provinz Sachsen und Anhalt verlangten die Aufhebung der Brauener oder die Ermäßigung derselben um die Hälfte für Kleinbrauereien bis zu 250 Doppelzentner Malzverbrauch pro Jahr. Die Revisoren betrachten den Standpunkt, daß die Kleinbrauereien dem Markt entgegenstünden, wenn nicht bald eine Änderung der Brauener einträte. Die Regierung ließ durch Geheimen Regierungsrat Silger folgende Erklärung abgeben:

Die von den Geschäftstellern vorgebrachten Wünsche lauten auf eine Abänderung des geltenden Brauenergesetzes hinaus. Die Petitionen werden mit der schwierigen Lage begründet, in der sich die kleinen Brauereien infolge des Wettbewerbes der kapitalstarken Großbrauereien befinden, wobei hervorgehoben wird, daß die Einführung des Brauenergesetzes von 1909 die kleinen Brauereien verhältnismäßig schwerer getroffen habe als die großen. Die vorgebrachte Aufhebung oder Herabsetzung der Brauener würde eine Änderung des § 6 des Gesetzes vom 15. Juni 1906 bedingen, der die Erhebungssätze der Brauener regelt. Die Zulassung der Zuckerzusatzung für Bier, das mit untergäriger Gese bereitet wird, würde ferner für das Gebiet der norddeutschen Brauereigenossenschaft eine Durchbrechung des Reinheitsgebots bedeuten, d. h. der grundlegenden Vorschrift in § 1 Abs. 1 des Brauenergesetzes, wonach zur Bereitung von untergäurigem Bier nur Gerstenaufs, Hopfen, Gese und Wasser verwendet werden darf. Derartige, das gesamte norddeutsche Brauereigewerbe und allgemeine Interessen berührende, einschneidende gesetzliche Maßnahmen, die sofortige Berücksichtigung anderer Gruppen des Erwerbes nach sich ziehen würden, könnten nur im Rahmen einer umfassenden Neugestaltung des Brauenergesetzes Berücksichtigung finden. Gegen die Durchbrechung einer solchen Neugestaltung besteht jedoch zurzeit in erster Linie das Bedenken, daß infolge der dadurch entstehenden unabweislichen Verantwortung das gesamte Brauereigewerbe der Gefahr einer Schwächung seiner Interessen ausgesetzt wird. Dazu kommt, daß auch eine neue Begünstigung der kleinen Brauereien in der Stafflung der in anderen Erlassen als in den Vorschriften des Brauenergesetzes vorgehenden Ermäßigung ihres Rückgangs nicht abhelfen würde. Die Annahme der Anzahl der Brauereien, insbesondere der vorwiegend obergärigen Bier bereitenden, ist eine seit Jahrzehnten zu beobachtende ständige Erscheinung, die schon unter der Herrschaft des Brauenergesetzes von 1872 sich gezeigt hat, und die auch das nach der Aufhebung des Brauenergesetzes für die kleinen Brauereien günstige Gesetz von 1906 keineswegs hat aufhalten können. Die Kommission bezieht nach diesen Ausführungen die Petitionen dem Herrn Reichstagspräsidenten zur Kenntnisnahme zu übermitteln, d. h. ihnen ein Verwehren weiterer Schritte in dem Sinne des Reichstagsbeschlusses zu bereiten.

Die Aussichten der Brauereien. Die Calwerische „Konjunktur“ schreibt:

Die geschäftlichen Ergebnisse der deutschen Brauereien im Jahre 1913/14 hängen größtenteils von der Gestaltung der Absatzverhältnisse in den Monaten Mai bis September ab und hier ist für sehr viele Betriebe neben den Witterungsverhältnissen der Verlauf der Konjunktur maßgebend. Der Konjunktur der Bauarbeiter und verwandter Berufsgruppen bildet gewissermaßen das Spiegelbild an der Waage. Das gilt besonders für den Absatz der großstädtischen Brauereien. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten hat ja schon in den Monaten März und April die Bautätigkeit fast in ganz Deutschland — mit Ausnahme Groß-Berlins — lebhafter eingesetzt als in den Vergleichsmonaten der beiden Vorjahre. Man darf also wohl annehmen, daß der kommende Sommer in dieser Beziehung besser sein wird als seine unmittelbaren Vorgänger. In den ersten sieben Monaten des laufenden Brauereijahres waren allerdings die Absatzverhältnisse nicht gerade günstig. Die Abwärtsentwicklung des gewerblichen Beschäftigungsgrades und die abnorm große Arbeitslosigkeit haben im Verein mit den hohen Lebensmittelpreisen den Bierkonsum und die abnorm große Arbeitslosigkeit beeinträchtigt. Es kommt hinzu, daß den Gastwirtschaften in den Kinostädtern eine beachtenswerte Konkurrenz erwachsen ist. Wenn die Sommerhälfte des laufenden Geschäftsjahres eine Steigerung des Absatzes bringt, so dürfte die Ungunst der Winterhälfte größtenteils ausgeglichen werden. Andernfalls ist kaum mit besseren Resultaten zu rechnen als im Vorjahre. Der Bierexport nach fremden Ländern lag am 1. Quartal ebenfalls zu wünschen übrig, immerhin dürften die an der Ausfuhr besonders interessierten Brauereien noch ziemlich zufrieden sein, da der Export lebhafter war als in den Jahren 1911 und 1912. Es wurden nämlich in den Monaten Januar bis März exportiert:

Jan.—März	Bier in Fässern		Bier in Flaschen	
	Menge in Hektolitern	Wert in Mill. M.	Menge in Doppel-	Wert in Mill. M.
1911	136 299	3,11	102 811	3,15
1912	144 207	3,45	124 146	3,83
1913	156 873	3,61	138 671	4,16
1914	149 308	3,46	136 847	4,12

Bezeichnend für die Lage des inländischen Konjunkturs ist die Tatsache, daß die Einfuhr von Bier aus Österreich-Ungarn (vorwiegend Böhmen) im 1. Quartal dieses Jahres nur 103 860 Hektoliter auf 97 755 Hektoliter zurückgegangen ist. Die Rohmaterialpreise zeigten neuerdings zum Teil wieder steigende Tendenz. Die Hopfenpreise sind bereits wieder wesentlich höher als im Vorjahre. Dies dürfte jedoch die Gesehungsstufen im laufenden Geschäftsjahre nicht allzu stark beeinflussen, da die Mehrzahl der Brauereien zu Beginn des Jahres noch über recht bedeutende Vorräte reiß. Abschlässe verfügte, die sie zu niedrigen Preisen erworben hatten. Die Futtermittel, die bei dem relativ großen Pferdebestand der meisten Brauereien ebenfalls eine gewichtige Rolle spielen, sind im Vergleich zu den Vorjahren etwas gesunken, halten sich aber immer noch auf einer ansehnlichen Höhe. Daß die allgemeinen Speise- und Lohnkosten vom Jahr zu Jahr wachsen, bedarf keiner weiteren Erwähnung. Auch die Verluste bei den Abnehmern waren in letzter Zeit infolge der ungünstigen Doppelzentner- und Grundstücksmarktverhältnisse ziemlich bedeutend. Die Tatsache, daß viele Brauereien die Verluste ihrer Kunden fund, fällt gerade in Zeiten flauen Gesehungsanges recht unangenehm ins Gewicht. Alles in allem bietet die Lage des Brauereigewerbes kein gerade ideales aber noch weniger ein günstiges Bild. Dem Gesehungs-gang in den nächsten Monaten wird deshalb für das Gesamtresultat des laufenden Jahres sehr viel abhängen.

Die Rentabilität der Mälzen. Innerhalb der gewöhnlichen Mälzereidirektion war in den letzten beiden Geschäftsjahren eine geringe Abwärtsentwicklung der Rentabilität zu verzeichnen. Es haben nämlich insgesamt 58 Aktien-Gesellschaften, deren Bilanzien einen Vergleich mit dem Vorjahr gestatten, ihr Nominalkapital von 69,90 Millionen Mark auf 70,33 Millionen Mark erhöht. Die Summe der ausgeschütteten Dividenden verminderte sich gleichzeitig von 3,91 auf 4,66 Millionen Mark. Im einzelnen berechneten sich nachstehende Dividendenverhältnisse:

Gesellschaft	Zahl der Aktien	Geschäftsjahr	Aktien-D. Dividende in 1000 M. in Proz.		
			1910	1911	
1910	58	1908/09 bezw. 1908	62 935	3591	5,7
		1909/10	64 055	4121	6,4
1911	52	1909/10	55 060	3615	6,6
		1910/11	58 160	3621	6,2
1912	56	1910/11	69 885	5055	5,8
		1911/12	70 660	4827	6,8
1913	58	1911/12	69 901	5011	7,2
		1912/13	70 330	4657	6,6

Wichtig ist die Durchschnittsdividende im letzten Geschäftsjahre eine Senkung um 0,6 Proz. auf 6,6 Proz. eingetreten.

Wasserausfuhr deutscher Getreide nach Rußland. Die „Alldeutsche-Wirtschaftliche Zeitung“ teilt mit, daß in den letzten Monaten die noch zur Verfügung stehende Zeit der Zollfreiheit von den Agraren dazu benutzt wurde, um möglichst große Mengen Getreide nach Rußland auszuführen. Während in den Monaten Januar bis April des Jahres 1913 rund 600 000 Doppelzentner Roggen nach Rußland ausgeführt wurden, beläuft sich die Ausfuhr in den ersten vier Monaten dieses Jahres auf 1,3 Millionen Doppelzentner, sie hat sich mithin mehr als verdoppelt. In Weizen wurden in den ersten vier Monaten des vergangenen Jahres 54 000 Doppelzentner nach Rußland ausgeführt, in diesem Jahre 172 000 Doppelzentner. Die Ausfuhr von Gerste lag von 196 000 Doppelzentner im Januar bis April 1913 auf 155 000 Doppelzentner im Januar bis April 1914. — Wie man sieht, bezwecken sich die Agraren, ohne Rücksicht auf den heimischen Bedarf, vor Abschluß der Einfuhrverträge noch einzufahren, was irgend möglich ist. Eine Schwäche, daß eine getreidefreie Marktegel des Auslandes — der russische Getreidezoll — notwendig ist, um diesen Zweck zu erreichen, das Gedulde zu legen.

Aus dem Beruf.

Durch einen Zurückschlag ins Gesicht jedoch verriet wurde in Oberbleichbach (Niederösterreich) ein bei dem Brauereibesitzer ...

Einem Arbeiter eines Hofes verunglückt. Der Arbeiter ...

Des Hais Auge verlor. In einer Brauerei in Pöchlarn ...

Einem Schmelzkoch erlitt der Brauereiarbeiter ...

Verstümmelte Totung wurde dem Brauereiarbeiter ...

Es liegt folgender Sachverhalt zugrunde. Am ...

In einem Verbandsorgan hatte es sich als notwendig herausgestellt, eingehende Berichte anzufordern ...

Zur Vermeidung eines Schadens konnte nämlich ein ...

Im Grunde hätte einwärtig festgestellten Tatsachen ...

In der Verhandlung über die Angelegenheit ...

Im Grunde hätte einwärtig festgestellten Tatsachen ...

In der Verhandlung über die Angelegenheit ...

Im Grunde hätte einwärtig festgestellten Tatsachen ...

In der Verhandlung über die Angelegenheit ...

Im Grunde hätte einwärtig festgestellten Tatsachen ...

In der Verhandlung über die Angelegenheit ...

Im Grunde hätte einwärtig festgestellten Tatsachen ...

In der Verhandlung über die Angelegenheit ...

lichtfert nicht ausgeblieben gewesen, daß trotzdem ein ...

Ein recht verurteilendes Urteil, welches hier die ...

Folgende Mahnung möchten wir bei dieser Gelegenheit ...

Mühlen.

Mit der Arbeiterfrage beschäftigt sind neben anderem ...

Das Reichrat wurde beauftragt anzunehmen.

Zu diesem Bericht haben wir zu bemerken, daß wir die ...

Herr Mann hat für einen weiteren Ausbau der ...

Leider aber hat sich Herr Mann über die von den ...

Soll die bisherige Taktik von den Arbeitgeber ...

Anders die Taktik im streikenden und streikenden ...

Anders die Taktik im streikenden und streikenden ...

Anders die Taktik im streikenden und streikenden ...

Anders die Taktik im streikenden und streikenden ...

Anders die Taktik im streikenden und streikenden ...

Anders die Taktik im streikenden und streikenden ...

Hat dem Arbeitgeberverbände noch nicht die Tatsache ...

Die Arbeitgeber in der Mühlenindustrie könnten nun ...

Schaden der Mühlenindustrie durch die Einfuhr ...

Der Schaden, der den Mühlen des deutschen ...

Es gibt nicht wenige Mühlenbesitzer, die bei den ...

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Ludwig Schröder. Vor einigen Tagen starb der ...

Das Gewerkschaftskongress in München lautet die ...

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.

2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission.

3. Allgemeine Mitteilung.

4. Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.

5. Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.

6. Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.

7. Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.

8. Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.

